

Einwohnerrat; Sitzungsprotokoll

Datum	31. Oktober 2024
Zeit	19:30 Uhr bis 21:40 Uhr
Ort	Aula Bleicherain
Vorsitz	Beat Hiller, Einwohnerratspräsident
Anwesende	35 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigte	Daniel Bär Claudia Casanova Martin Killias Francis Kuhlen Ruby Ott-Häusermann
Protokollführung	Christoph Hofstetter, Stadtschreiber

Traktanden

1. Mitteilungen
2. (24/122) Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts
3. (24/113) Schulanlagen; Umrüstung bestehende Fluoreszenzleuchten auf LED-Beleuchtung; Verpflichtungskredit
4. (24/124) Zeughausstrasse West; Strassensanierung (inkl. Bushaltestelle gemäss BehiG); Verpflichtungskredit
5. (24/120) Gemeindeordnung; Gesamtrevision; Wahl einer Spezialkommission
6. (24/116) Dragonerstrasse West; Strassensanierung 3. Etappe; Kreditabrechnung
7. Umfrage

Verhandlungen:

1 Mitteilungen

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Guten Abend, ich begrüsse alle ganz herzlich zur Einwohnerrats-sitzung vom 31. Oktober 2024. Ich begrüsse auch die Vertretungen der Presse, alle Zuschauerinnen und Zuschauer und diejenigen, welche heute eingebürgert werden. Das Protokoll der Sitzung vom 19. September ist online, die Beschlüsse der letzten Sitzung vom 19. September, welche dem Referendum unterlagen, sind am 28. Oktober 2024 in Rechtskraft erwachsen. Wir haben heute fünf Entschuldigungen nämlich Francis Kuhlen, Martin Killias, Ruby Ott-Häusermann, Daniel Bär und Claudia Casanova. Anwesende Auskunftspersonen sind die Mitglieder des Stadtrats. Vielleicht habt ihr es gesehen, im Sitzungstool unter Mitteilungen sind neu auch immer die aktuelle Gemeindeordnung, das Geschäftsreglement des Einwohnerrats und auch eine Hilfe wie Vorstösse gemacht werden können. Ich möchte noch ein paar Worte zur letzten Sitzung verlieren. Diese hat nicht so schön geendet. Ich appelliere an alle, sowas in Zukunft zu unterlassen in dem Sinn, dass man auf Personen schießt. Man darf eine andere Meinung haben und nicht mit allem einverstanden sein, aber ich bitte euch, dies in Zukunft anders zu lösen. Vielen Dank. Wir starten mit dem Traktandum Einbürgerungen.

2 (24/122) Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Als Sprecherin der Einbürgerungskommission bitte ich nun So-fie Kamber nach vorne.

Sofie Kamber (SP): Geschätzter Präsident, liebe Mitglieder der beiden Räte und vor allem geschätzte Besucherinnen und Besucher, über deren Einbürgerungsgesuche wir heute abstimmen. Ich spreche bewusst hochdeutsch, damit mich alle im Saal verstehen können. Als noch recht neues Mitglied der Einbürgerungskommission gebe ich zu, bei meinem ersten Gespräch war ich wahrscheinlich nervöser als die Person, die ich befragt habe. Ich stellte mir die Frage, wie kann ich beurteilen, ob jemand Schweizerin oder Schweizer werden darf? Ich habe schliesslich nichts dafür getan. Ich wurde einfach durch Zufall als Tochter zweier Schweizer Eltern geboren. Die für mich wahrscheinlich wichtigste Frage an die Gesuchstellenden lautet: Warum wollen Sie sich einbürgern? Die Antworten, die ich bis jetzt hörte, lauteten etwa, ich fühle mich hier zu Hause. Ich möchte mitbestimmen, oder ich bin hier angekommen. Viele sind Schweizer per Zufall. Sie werden Schweizer, weil sie es sein wollen. Es freut mich, dass sie den doch recht mühsamen Weg der Einbürgerung auf sich nehmen. Am Ende dieses Wegs mit der Einbürgerung erhält man neue Rechte wie zum Beispiel das Wahl- und Abstimmungsrecht. Wie wahrscheinlich viele hier, bin ich immer wieder erschrocken über die tiefe Stimmbeteiligung in der Schweiz. So lag auch die Beteiligung an den Wahlen vom Grossen Rat vor zwei Wochen bei lediglich 32 Prozent. Ich möchte Ihnen deshalb mitgeben, nutzen Sie die Chance mitzugestalten und mitzubestimmen. Die Demokratie ist ein grosses Privileg der Schweiz, das man nutzen sollte. Wer weiss, vielleicht interessieren Sie sich ja sogar für die Mitgestaltung unserer Gemeinde und man sieht sich eines Tages hier im Einwohnerrat. Lieber Einwohnerrat, alle Gesuchstellenden können mit gutem Gewissen eingebürgert werden. Sie erfüllen unsere Anforderungen, sie sind gut integriert, gehen zur Schule oder zur Arbeit und kennen unsere Regeln von Nachtruhe bis richtiges Recycling. Wir von der Einbürgerungskommission empfehlen deshalb die Annahme aller Gesuche.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Mit 28 zu sechs Stimmen beschliesst der Einwohnerrat über die Einbürgerungen offen abzustimmen. Dies bedeutet, dass ich die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller bitten muss, den Saal zu verlassen. Wir werden Sie nach den Abstimmungen wieder in den Saal holen, um die Resultate zu verkünden. Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats wird in offener Abstimmung das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert:

1. Alice Bonanno, 2014, Staatsangehörige von Italien
2. Andy Heidlberger, 1980, zusammen mit der Ehefrau Jeanne Elisabeth Tomaszewski, 1978, und den Kindern Nicolas Caleb, 2014, und Ian Joshua, 2016, Staatsangehörige der USA und Deutschland
3. Yogiraj Dattaram More, 1983, zusammen mit der Ehefrau Vandana Yogiraj More, 1983, und den Kindern Nishant Yogiraj, 2010, und Samruddhi Yogiraj, 2014, alle Staatsangehörige von Indien
4. Antonina Berger, 1964, Staatsangehörige von Russland

Wir haben nun also darüber abgestimmt, und ich darf Ihnen allen herzlich gratulieren. Sie haben alle eindeutige Zustimmung erhalten. Herzliche Gratulation, ich wünsche Ihnen viel Erfolg hier in Lenzburg. Wie es die Sprecherin der Einbürgerungskommission gesagt hat, ist es ein Privileg, welches wir in der Schweiz ausüben dürfen. Wir dürfen auch Sachgeschäfte behandeln und nicht nur Abgeordnete wählen, welche dann die Geschäfte durchziehen. In diesem Sinne seien Sie aktiv, und vielleicht trifft man den einen oder die andere einmal hier im Einwohnerrat. Sie dürfen gerne bleiben und weiter zuhören, falls es aber nicht geht, dürfen Sie auch gerne nach Hause gehen.

Wir kommen zum ersten Sachgeschäft von heute Abend: Schulanlagen; Umrüstung bestehende Fluoreszenzleuchten auf LED-Beleuchtung; Verpflichtungskredit. In der GPFK gab es ein unentschieden. Corin Ballhaus wird zuerst die ablehnende Haltung der GPFK vortragen und Thomas Schär dann die befürwortende Seite.

3 (24/113) Schulanlagen; Umrüstung bestehende Fluoreszenzleuchten auf LED-Beleuchtung; Verpflichtungskredit

Corin Ballhaus (SVP): Geschätzter Herr Präsident, Werte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Medienschaffende, liebe Gäste, Thomas Alva Edison hätte sich wahrscheinlich nie träumen lassen, dass die Glühbirne, welche er vor 145 Jahren erfunden hat, einmal weder verkauft noch hergestellt werden darf. Als die Glühbirne auf den Markt kam, galt sie als sicherer und langlebiger als offenes Feuer oder eine brennende Kerze, was bis dahin Lichtquellen waren. So geht also nächstes Jahr am 31. August eine Ära zu Ende. Ab diesem Zeitpunkt gibt es in der Schweiz im Handel nur noch LED Leuchtmittel zu kaufen. In unseren Nachbarländern ist das schon seit eineinhalb Jahren der Fall. Vor diesem Hintergrund hat die Stadt in der Klimaschutzstrategie vom März 2024 als Massnahme definiert, dass die Schulanlagen, die Sportanlagen und Verwaltung per Ende Februar 2026 auf LED-Beleuchtung umgerüstet werden sollen. Heute beraten wir deshalb über einen Verpflichtungskredit für die Umrüstung der Beleuchtung im Umfang von CHF 1,266 Millionen. Jetzt ist es nicht so, dass die Anlagen bis jetzt alle noch mit Glühbirnen und herkömmlichen Leuchtröhren ausgestattet gewesen wären. So können wir der Vorlage entnehmen, dass die Schulhäuser Bleicherain, Mühlematt 2,

Lenzhard Gebäude A und die Angelrain Turnhalle bereits umgerüstet sind. Dies ist schrittweise im Rahmen von Sanierungen respektive Neubauten passiert. Ausserdem hat man auch einzelne Schulzimmer in diversen anderen Schulliegenschaften bereits umgerüstet, wenn dort die Beleuchtung ausgefallen ist. Es ist davon auszugehen, dass die Hauswarte der Schulhäuser dies im Rahmen des normalen Unterhalts machen konnten. Die Facility-Manager lernen nämlich in der Ausbildung die Umrüstung von herkömmlichen auf LED Leuchten. Der Verpflichtungskredit bezieht sich also auf zwei Turnhallenstandorte, vier Schulstandorte und die dezentralen Kindergartenstandorte. Nicht Teil des Kredits sind die Gebäude B, C, und E im Lenzhard und die HPS. Dies wegen der laufenden Schulraumplanung. Keine Aussage macht die Vorlage zur Sportanlage Wilmatte. Dort dürfte die Umrüstung Teil der geplanten Sanierung sein. Ebenfalls keine Aussage macht die Vorlage zur Umrüstung der Verwaltung. Auf Rückfrage hat die GPFK erfahren, dass dort noch Fragen betreffend Försterhaus und Alte Post offen seien und die Verwaltung darum ausgeklammert sei. Was bedeutet jetzt eigentlich das Umrüsten der Beleuchtung. Umrüsten heisst, dass entweder die gesamte Leuchte ersetzt werden muss oder das Gehäuse wird erhalten und mit LED-Einsätzen aufgerüstet. Im Fachjargon redet man von Retrofit LED. Dieser Retrofit-Lösung will die Stadt den Vorzug geben und mit der Badener Firma Lumvin, hat sie auch einen entsprechenden Partner gewählt, welcher auf Retrofit-Sanierungen spezialisiert ist, bereits das Umrüstungskonzept erstellt hat und jetzt die Projektleitung übernehmen soll.

Was wir dieser Vorlage nicht entnehmen können, ist, um wie viele Lichtpunkte es überhaupt geht. Laut Aussage der Leiterin Abteilung Immobilien sind es 1'400 Lichtpunkte. Das wären durchschnittlich rund CHF 800 pro Lichtpunkt an Kosten inklusive der Entsorgung, welche anfallen. Leider geht aus der Vorlage auch nicht hervor, wie viele Leuchten jetzt komplett ersetzt werden müssen und bei wie vielen eine Retrofit-Sanierung möglich ist. Auch genauere Aussagen zur Einsparung der Stromkosten sind anscheinend nicht möglich. Das hat aber vermutlich eher damit zu tun, dass man nicht ausweisen kann, was der aktuelle Stromverbrauch der Beleuchtung ist, sondern nur den gesamten Energieverbrauch der Liegenschaften kennt. Der Fachplaner jedenfalls kann den Verbrauch je Lichtpunkt genau berechnen und macht auch darauf aufmerksam, dass die Einsparung beim Ersatz der gesamten Leuchten grösser ist als bei einer Retrofit-Lösung.

Dass die Beleuchtung auf LED umgerüstet werden muss, um sie energieeffizienter zu machen, war in der GPFK unbestritten. Zu diskutieren gab aber, wann und wie das erfolgen soll. Soll die Beleuchtung tatsächlich auf einen Schlag umgerüstet werden und dafür CHF 1,266 Millionen investiert werden, oder soll die Umrüstung etappenweise, Liegenschaft um Liegenschaft, über einen längeren Zeitraum geplant werden. Dies wäre dann im Rahmen des ordentlichen Budgets möglich und könnte so eingegeben werden. Oder soll man, wie das bisher der Fall war, abwarten, bis eine Leuchte ausfällt und sie dann ersetzen, wenn eine Sanierung der Liegenschaft ansteht.

In der GPFK waren wir geteilter Meinung. Vier von uns empfehlen eine Ablehnung der Vorlage und vier eine Annahme. Wir möchten es nicht unterlassen, unsere Überlegungen dazu mit euch zu teilen. Thomas Schaer wird anschliessend die Sicht der Befürworterinnen und Befürworter vertreten und ausführen, ich führe aus, weshalb die Hälfte der GPFK eine Rückweisung bzw. Ablehnung der Vorlage empfiehlt.

Eine Umrüstung in Etappen, welche über den Liegenschaftsunterhalt und das ordentliche Budget finanziert werden kann, verträgt sich nach unserem Dafürhalten besser mit den angespannten finanziellen Aussichten der Stadtkasse. Wenn wir jetzt auf einmal knapp CHF 1,3 Millionen investieren, belastet das das Ergebnis zehn Jahre lang in Form von jährlichen Amortisationen. Wir können

aus der Vorlage keine substanziellen finanziellen Vorteile herauslesen, welche für eine einmalige Umrüstung sprechen. Die unmittelbare Strom einsparung kann die Stadt nur ungefähr beziffern. Auch die Fördergelder, welche erwähnt werden, reduzieren die Investition jetzt nicht gerade substanziell. Ganz abgesehen davon, werden solche Fördergelder auch mit unserem Steuerfranken finanziert. Ab nächstem Sommer sind zwar nur noch LED Leuchtmittel erhältlich, das heisst aber noch lange nicht, dass unsere Schülerinnen und Schüler auf einmal im Dunkeln sitzen. Wir halten es für wenig nachhaltig, auf einen Schlag Leuchten umzurüsten und kostenpflichtig zu entsorgen, welche aktuell noch funktionieren. Das Argument des Stadtrats, dass eine Etappierung zu einem Sammelsurium an Leuchten und Leuchtmittel führt, überzeugt uns auch nicht. Der gewünschte Leuchten Typ kann von Anfang an festgelegt werden. Dies ist auch bei einer Etappierung möglich und gewährleistet die Einheitlichkeit der Beleuchtung genauso. Aufgrund von diesen Überlegungen empfiehlt die eine Hälfte der GPFK die Vorlage abzulehnen. Die SVP-Fraktion steht einstimmig hinter dieser Haltung.

Thomas Schaer (SP): Geschätzter Präsident, liebe Mitglieder beider Räte, liebe Gäste, wie meine Vorrednerin ausgeführt hat, waren wir in der GPFK nicht einig und wegen einer Abwesenheit hatten wir eine Pattsituation. Sonst wären wir neun Mitglieder und kämen nicht zu einem solchen Resultat. Vieles, was Corin gesagt hat, ist so auch richtig und teilen wir auch. Man weiss nicht genau, wie viele Leuchten es sind, um welche Kosten pro Leuchte es sich handelt, und diese Kosten sind relativ hoch. In der Diskussion darüber ist aber klarge stellt worden, dass der Aufwand und die Kosten pro Leuchte recht unterschiedlich sein können, wie es auch bereits erwähnt worden ist. In der Vorlage geht es auch um die Umrüstung der Dreifachturnhalle-Angelrain und der Doppelturnhalle Lenzhard. Da kommen grössere, teurere Leuchten zum Einsatz und vor allem ist der Aufwand, diese zu ersetzen, auch deutlich höher.

Detailliertere Ausführungen dazu wären in der Vorlage sicherlich angebracht gewesen. Es wurde auch auf ein Umrüstungskonzept mit Raumbuch und Richtofferten verwiesen. In ein erstes Raumbuch konnte man auf Wunsch Einblick erhalten. Da stellt sich aber auch die Frage, ob das Raumbuch von allen 40 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten angefragt werden muss oder ob man dies nicht proaktiv im CMI hätte aufschalten können. Auf Nachfrage ist die Verwaltung jedoch immer hilfsbereit, gibt gerne Auskunft und erklärt die Punkte. Schlussendlich hat sich unsere Diskussion in der GPFK vor allem um Ökonomie versus Ökologie gedreht. Die Bedenken zu den hohen Kosten sind nachvollziehbar. Aber ebenso klar ist dem anderen Teil der GPFK, das veraltete Leuchtmittel rasch ersetzt werden sollen. Dies ist auch die klare Empfehlung von allen Stellen, welche sich fundiert mit ökologischen Themen auseinandersetzen. Auch die graue Energie war in der Diskussion Thema und muss beachtet werden. Aber auch da sind die Aussagen absolut klar. Eine Leuchte hat die graue Energie für die Herstellung bereits nach wenigen Stunden kompensiert. Je nach Quelle 100 bis 200 Stunden bei einer zu erwartenden Lebensdauer von 72'000 Stunden. Deshalb wurde als Variante eine Staffelung eingebracht, um die alten noch funktionierenden Leuchten weiter zu verwenden. Aus unserer Sicht sprechen aber die ökologischen Argumente klar dagegen, und auch aus betrieblicher Sicht macht das wenig Sinn. Die Gesamtkosten würden schlussendlich höher ausfallen. Die ökologischen Argumente sind für uns vor allem stichhaltiger. Eben weil die graue Energie rasch kompensiert wird und es nach Aussagen von Fachleuten darum geht, die Energieeinsparung zu nutzen. Dies ist bei Leuchten wichtiger.

Aus den Unterlagen konnten wir erfahren, dass es schwierig ist, das Einsparpotential einzuschätzen, wir haben aber doch eine Einordnung von 50 bis 90 Prozent Einsparpotenzial erhalten. Das ist bei

neutraler Betrachtung beachtlich. Von Seiten Verwaltung und Stadtrat ist auch noch einmal darauf hingewiesen worden, dass – wie es Corin erwähnt hat – die meisten Lampen nicht komplett ersetzt werden müssen, sondern nur das Leuchtmittel. Auch das relativiert aus unserer Sicht die Bedenken, mit einem gesamten Ersatz vermeidbaren Abfall zu erzeugen. Aber auch da sind die Ansichten auseinandergegangen und die Argumentation hat uns leider nicht gross weitergebracht. Schlussendlich wieder Ökonomie versus Ökologie. Allerdings angemerkt, die Ökonomie nicht umfassend betrachtet, dazu aber später. Für diejenigen, welche die Vorlage unterstützt haben, ist auch noch wichtig gewesen, dass eine raschere Umstellung auf eine stärkere Ausleuchtung 500 statt 300 LUX erfolgt, wie sie in der Vorlage erwähnt ist. Das ist für uns ein nachvollziehbares Argument. Es schafft eine bessere Lern- und Arbeitsumgebung für Schüler- und Lehrerschaft. Auch wenn dafür, auch das wurde ausgeführt, kein Gesamtkonzept nötig wäre und der Kanton auch keine rasche Umstellung vorschreibt. Soweit die Ausführungen zur Empfehlung, dieser Vorlage zuzustimmen. Es ist erwähnt worden, vier GPFK-Mitglieder empfehlen dies. Ich möchte noch anmerken, wir hatten eine fehlende Stimme, und die fehlende Stimme wird das Geschäft ebenfalls unterstützen. Aber genau das haben wir in der GPFK noch diskutiert, ob allenfalls eine Stellvertretungsregelung oder eine vorgängige Stimmabgabe eine Lösung wäre. Für solche Fälle haben wir aber klar entschieden, wir wollen das nicht. Stimmberechtigt ist nur, wer an der Sitzung teilnimmt. Darum empfehlen euch vier GPFK-Mitglieder, dieser Vorlage komplett zuzustimmen. Besten Dank.

Simona Minnig (FDP): Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, werde Anwesende. Diese Vorlage hat anlässlich der Fraktionssitzung der FDP mit Abstand am meisten zu diskutieren gegeben, denn sie verspricht viel Gutes. Besseres Licht für unsere Lehrpersonen und Kinder, reduzierter Stromverbrauch, längere Lebensdauer der LED-Leuchtmittel und dadurch folgende Kosteneinsparungen, Erhalt von Fördergeldern im mittleren fünfstelligen Bereich und ein Beitrag zur Strategie «Klimaschutz Lenzburg». Der beantragte Verpflichtungskredit von CHF 1,266 Millionen macht dann aber doch etwas stutzig, vor allem weil drei Gebäude im Lenzhard und die HPS in dieser Rechnung noch nicht berücksichtigt werden. Wenn man genauer hinschaut, drängen sich mehr Argumente auf, die unseres Erachtens zwingend zu einer Rückweisung der Vorlage führen müssen. Wir waren erstaunt, dass jegliche Überlegungen zur Lebensdauer der Leuchtmittel in der Vorlage fehlen. Weder hat man geprüft, wie lange die aktuellen Leuchtmittel noch hinhalten, noch hat man eine stufenweise Umsetzung geprüft. Natürlich muss man, wenn dann im ersten Schulzimmer eine alte Lampe ausfällt, das besagte Zimmer gesamthaft auf LED umrüsten. Die dann ausgebauten Lampen, die noch einwandfrei funktionieren, können dann als Ersatzleuchtmittel in den anderen Räumen verwendet werden, bis auch hier eine Umstellung auf LED angezeigt ist. Obwohl man in den jeweiligen Gebäuden gemäss Vorlage überall unterschiedliche Lampen verbaut hat, könnte man dieses Vorgehen gebäudeweise umsetzen. Das Auswechseln einzelner Lampen kann wie bis anhin weiterhin der Hauswartungsdienst übernehmen, ohne zusätzliche Kostenfolge. Von einer Staffelung der Auswechslung könnten übrigens auch kleinere regionale Unternehmer profitieren. Gleichzeitig kann sich die Stadt unter Umständen bei einer Staffelung das submissionsrechtliche Vergabeverfahren sparen. Lässt man alles auf einmal machen, kommen nur eine Hand voll grosse Elektro-Firmen in Frage, und man muss zwingend ausschreiben.

Unter der Kostentabelle in der Vorlage findet sich als Legendenbeschrieb zum Sternchen der Hinweis, dass die Entsorgungskosten im Kredit berücksichtigt worden seien. Wichtige Themen wie graue Energie, Investitionstechnik, Art und Weise der Entsorgung bleiben aber gänzlich unerwähnt, was das gesamte Vorhaben gänzlich zu einer umwelttechnisch fragwürdigen Aktion verkommen lässt. Zumal mit der vorgeschlagenen einmaligen Auswechslung reihenweise Leuchtkörper, die ihre

Lebensdauer noch lange nicht erreicht haben, aufwändig entsorgt werden müssen. Nachhaltigkeit ja – aber nicht um jeden Preis. Der Wortlaut der Vorlage zeigt, dass in keiner Form eine Wirtschaftlichkeitsüberlegung erfolgt ist. Wir haben nicht den Luxus, noch mehrere Jahre einwandfrei funktionierende Lampen auszuwechseln, bevor man gesetzlich dazu verpflichtet ist. Der Wechsel auf LED-Leuchtmittel ist nicht derart dringlich, wie uns der Stadtrat zu verstehen geben will.

Trotz Rückweisung steht es dem Stadtrat übrigens frei, unter dem laufenden Budget den effektiven Bedarf zu bestimmen und zu stemmen. Das würde dann wohl einfach regulär über Unterhalt bzw. Erneuerungen gebucht. Zu guter Letzt sei noch darauf hingewiesen, dass wir in der Fraktion lange diskutiert haben, ob statt der Rückweisung allenfalls ein weniger drastischer Änderungsantrag möglich gewesen wäre. Leider gibt es aber – wenn der Kredit mal gesprochen ist – keine Möglichkeit mehr, die vorhin erwähnten Faktoren wie eine Staffelung oder Verwendung von bestehendem Ersatzmaterial durchzusetzen und dem Stadtrat Auflagen zu erteilen. Und mit Blick auf die angespannte finanzielle Situation der Stadt mit einer vorschnellen und vielleicht gar nicht so umweltfreundlichen Aktion dann ungefähr drei Steuerprozent für funktionierende Lampen auszugeben, da sollte also jeder etwas dagegen haben. Aus diesem Grund ersuche ich Sie namens der Fraktion, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die Vorlage zurückzuweisen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir würden nun den Rückweisungsantrag der FDP diskutieren. Wer möchte dazu etwas sagen?

Kristina Schärer (Grüne): Geschätzter Einwohnerratspräsident, liebe Mitglieder aus beiden Räten, liebe Medienschaffende, liebe Gäste, liebe Anwesende. Ich finde es ein bisschen enttäuschend, dass wir wieder einmal in einer solchen Situation sind. Wir machen etwas ab, wie beispielsweise in der Klimastrategie, bei welcher wir viel Geld ausgegeben haben. Diese wurde durch Expertinnen und Experten erarbeitet und, wenn es jetzt darum geht, das Vorgenommene umzusetzen, entziehen wir uns der Verantwortung. Mir ist bewusst, die Klimakrise können wir nur mit der Umrüstung auf LED nicht lösen, und an anderen Orten könnte effizienter gespart werden. Aber nur weil das so ist, heisst das für mich nicht, dass wir diesen Schritt nicht gehen und ihn ablehnen. Im State of the Climate Report 2024, welcher am 8. Oktober 2024 im Bioscience Journal von Oxford erschien, steht: «Wir befinden uns am Rande einer unumkehrbaren Klimakatastrophe. Es handelt sich zweifellos um einen globalen Notfall. Ein Grossteil der Lebensgrundlagen auf der Erde ist gefährdet. Wir treten in eine kritische und unvorhersehbare neue Phase der Klimakrise ein. Tragischerweise gelingt es uns nicht schwerwiegende Auswirkungen zu vermeiden, und wir können nur noch hoffen, das Ausmass des Schadens zu begrenzen.»

Wenn ich solche Nachrichten lese, welche mit wissenschaftlichen Fakten belegt sind, kann ich nicht verstehen, wie das bei anderen Menschen nichts auslösen kann. Man muss doch den Wunsch verspüren, alles in unserer Macht Stehende zu unternehmen, um das, was uns da bevorsteht, abzuwenden. In einem Einwohnerrat ist das vielleicht nicht so viel wie kantonal oder national, aber es sind eben kleine Schritte wie diese LED-Lampen, welche die Energieeffizienz steigern. Bei solch kleinen Dingen fängt es an, oder es scheitert eben. Ich hoffe, es ist uns allen bewusst, dass der Klimawandel weit höhere Kosten verursachen wird. Aktuelle Beispiele in Spanien, wo Städte überflutet sind, zeigen dies deutlich. Wie gesagt, die Vorlage rettet nicht die Welt, aber sie ist ein kleines Puzzleteil in einer Klimastrategie, welche wir 2024 abgemacht haben. Deshalb bitte ich euch, den Rückweisungsantrag abzulehnen und den Verpflichtungskredit anzunehmen. Merci.

Thomas Schaer (SP): Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, ich habe ein Votum vorbereitet, welches dann später noch kommt. Die beiden Vorrednerinnen haben das Spektrum, in welchem wir uns bewegen, gut abgesteckt. Simona, ich picke deine Aussage heraus, es gehe um drei Steuerprozent, und Kristina hat den Climate Report zitiert, auf welchen ich nicht genauer eingehe. Aber genau das ist die Bandbreite, und darüber müssen wir diskutieren. Ich finde es schade, wenn der Rückweisanspruch durchkommt. Ich möchte, dass wir hier im Rat über die Vorlage diskutieren und abwägen, was für uns stimmt. Ich erinnere mich an das Wahlplakat «Lenzburg CO₂ neutral bis 2030», und ich kann mich auch erinnern, wie wir vor rund einem Jahr in der Budgetdebatte darüber sprachen, mehr Geld für die Klimaschutz- und Anpassungsstrategie zu sprechen. Wir sprachen nicht mehr Geld, wir wollten «Act now». Jetzt haben wir eine Vorlage, in welcher wir etwas machen können. Es ist klar, wenn man den letzten Franken rechnet und es kurzfristig anschaut, rentiert sich das nicht. Aber ich habe es vorher erwähnt, ökonomisch muss man weiterdenken. Alle Expertinnen und Experten, welche sich mit Energieeffizienz auseinandersetzen, sagen ganz klar, Leuchten, sogar unverpackte und nicht gebrauchte, sind zu entsorgen und durch die effizienten Neuen zu ersetzen.

Die Energieeffizienz ist so stark, und man spart dermassen viel Energie ein. Je energieeffizienter wir unterwegs sind, gerade im Winterhalbjahr, desto eher können wir uns kostspielige Übungen wie Notkraftwerke beispielsweise ersparen und sind so auf der finanziellen Seite ganz anders unterwegs.

Ich finde es erstaunlich, wenn man jetzt, wo es um ein konkretes Projekt geht, bei dem man gemäss Klimaschutzstrategie handeln könnte, sich zurückzieht und sagt, nein lieber doch nicht. In der Klimaschutzstrategie, Punkt 8, geht es auch um viele Massnahmen, bei denen man sensibilisieren und die Bevölkerung erreichen möchte, etwas Gutes zu tun. Was ist denn das jetzt für ein Zeichen, wenn wir als Einwohnerrat bei der ersten Möglichkeit, zu einem Geschäft Stellung zu nehmen, sagen, Ökologie und Klimaschutz ist gut, aber wenn es etwas kostet, machen wir es nicht.

Zum Punkt staffelweises Vorgehen, das sieht man zum Beispiel bei den City-Lights, die Beleuchtung auf den Strassen. Da hat man sich für einen gestaffelten Ersatz entschieden. Was ist der Stand, wir sind seit 20 Jahren daran, die Leuchten zu ersetzen, und wir sind noch nicht fertig. So kommen wir mit dieser Übung nirgends hin. Deshalb sollten wir diskutieren, was wir wirklich wollen. Besten Dank.

Philippe Minnig (FDP): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem Einwohnerrat, werte Anwesende. Ich nehme mit Erstaunen zur Kenntnis, wie da votiert wird. Ein Missverständnis müssen wir ausräumen. Die Gesamthöhe der Ausgaben ist für uns nicht umstritten und dass etwas gemacht werden muss, ebenfalls nicht. Wenn wir hier drin die Vorlage für ihre Umsetzungsart kritisieren und dann derart in Frage gestellt werden, ist natürlich schon schwierig. Wir haben uns darüber unterhalten, wir sind auch dafür, etwas zu tun. Wir haben einfach andere Lösungsansätze. Ich würde es begrüßen, wenn der Stadtrat zum Beispiel in Globo in der Zeitung schreiben würde, wir geben der Bevölkerung 5 % Steuersenkung. Nehmt das Geld, und jeder Haushalt gibt davon etwas aus, um zu Hause Strom zu sparen. Man hat viele verschiedene Ansätze, wie man das lösen kann. Aber der erste, welcher uns präsentiert wird, ist, dass man 1'400 Leuchtpunkte auswechselt und dass man sich dann stört, dass die Umsetzung nicht ganz klar ist. Das ist eine differenzierte Kritik an etwas, was pauschal probiert wird. Es ist bequem, wenn man einen grossen Kreditrahmen erhält. Aber ich habe mir vorher die Lampen in dieser Aula angeschaut und mich gefragt, ob diese jetzt zu den 1'400 gehören, welche ausgetauscht werden. Ich bin kein Lampenfachmann und muss raten. Es steht nirgends in einer Vorlage.

Die Kritik ist nicht an der Gesamthöhe, die Kritik ist an der Vorgehensweise. Es gäbe Fenster, welche man sanieren könnte, Dächer, bei denen es rein regnet, es gibt also viele Massnahmen, bei denen man das Geld, welches man dem Volk über die Steuern abnimmt, retour geben könnte. Der Kritikpunkt ist, wie man es macht und nicht, dass man es macht.

Fabian Würmli (SP): Es ist Halloween, Süsses oder Saures. Im Moment wohl eher Saures. Nach dem süssen Wahlkampf der FDP merkt man, dass sie keine Ahnung von grauer Energie haben, auch nicht von LED. Aber sie sind auch nicht überzeugt davon oder können sich nicht informieren, was genau Sache ist. Das finde ich sehr schade. Ich erwarte nicht, dass wir hier drin nur Technokraten haben. Wir haben Menschen aus unterschiedlichen Fächern, welche hier entscheiden, und ich glaube, es braucht deshalb ein gewisses Vertrauen. Auch wenn die Vorlage meiner Meinung nach auch detaillierter hätte sein können. Die graue Energie, wir haben es gehört, ist klimatechnisch kein Argument. Das Gleiche haben wir mit alten Kühlschränken, diese müssten auch sofort entsorgt werden. Das kann man herausfinden, wenn man sich dafür interessiert. Wir haben gehört, dass es Raumbblätter gibt, und die Experten aus Baden sind alle Gebäude durchgegangen und haben eine genaue Liste erstellt und die Kosten erhoben. Ich dachte, die FDP hat eine gewisse Kompetenz in Sachen Ökonomie. Ich habe von euch nicht gehört, wie ihr langfristig, wir reden ja von 2030 bis 2050, Kosten einsparen wollt. Wir haben jetzt ein Projekt, in dem man im grossen Stil Lampen einkaufen kann, wir haben einen Projektleiter, es wird ausgeschrieben, und man bekommt einen guten Preis. Wir haben gesehen, was die Teuerung in den letzten Jahren gemacht hat und wie die Stromkosten gestiegen sind. Den Strom werden wir weiter brauchen, und die Lampen werden nicht günstiger. Wenn ihr jedes Schulhaus einzeln umrüsten wollt, braucht es mehrere Projekte und so auch mehrere Projektleiter. Wir werden viele Abrechnungen oder GPFK-Sitzungen haben, in denen wir die Kosten beurteilen müssen. Da spart man nichts. Das verstehe ich nicht. Ich habe das Gefühl, hier drin sind nicht die hellsten Leuchten. Danke.

Janine Pfister Meier (SP): Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident, liebe Kollegen und Kolleginnen von beiden Räten, geschätzte Presse und liebe Gäste. Ja, es ist teuer und ja, es ist viel Geld auf einmal. Wenn ich aber mit Fachplanern der Elektrotechnik rede, dann ist für sie der Fall klar. Jetzt Umrüstung initiieren. Die Klimastrategie von Lenzburg ist das eine. Wichtig ist aber, dass wir ein Gesetz haben, welches eben den Verkauf von diesen Leuchtstoffröhren verbietet. Darauf müssen wir alle reagieren, nicht nur die Schule, auch die Industrie, die Verwaltung, die privaten Haushalte. Wir müssen also sowieso umrüsten. Weshalb machen wir das nicht jetzt mit guten Konditionen und in einer langfristig planbaren Umsetzung. Das ganze Handling von diesem «Leuchtensalat» kann vereinfacht werden, die Wartung wird einfacher, und schlussendlich wird es um Einiges günstiger. Es gibt keinen Ersatz von Leuchtstoffröhren mehr, und wenn der Hauswart jedes Mal einen Elektriker rufen muss, um einzelne Leuchten oder ein einzelnes Schulzimmer umzurüsten, kostet das sicher ein Vielfaches mehr. Die Personalkosten für den Service, Reparatur und Unterhalt sind ja das Teuerste. Das «Gebastel», also die Salamiaktik, ist nicht planbar und stört im schlechtesten Fall Schule und Sportunterricht.

Es ist nicht nachhaltig, nicht ökonomisch gedacht und führt unweigerlich wieder zu einem Patchwork von Lampenfamilien. Die Schule sollte doch eine Vorbildfunktion übernehmen bezüglich Qualität und Nachhaltigkeit. Es ist wichtig, dass die Schulzimmer über eine hohe Lichtqualität verfügen. Auch in den Büros hat man gutes Licht, so ist es doch sinnvoll, dass die in der Vorlage aufgeführte Lichtqualität von circa 500 LUX auch in den Schulzimmern umgesetzt wird. Also rüsten wir doch jetzt in einmal um und bringen Licht ins Dunkle der heutigen Schulzimmer.

Roland Locher (GLP): Sehr geehrter Präsident, liebe Kollegen von beiden Räten, werte Gäste, liebe Mitglieder der Presse. Mit der Vorlage erfüllen wir mehrere Ziele. Die Röhren werden Mitte 2025 nicht mehr erhältlich sein. Das ist ein Fakt. Das Horten hat schon begonnen. Industriebetriebe werden sich jetzt schon eindecken, damit sie überhaupt noch Röhren haben. Diejenigen die nichts unternehmen sind die Ersten, die anrennen werden. Wir haben 2022 in einem dringlichen Postulat Massnahmen zu energetischer Sanierung und Energieeffizienz bei stadteigenen Immobilien gefordert. Das war unser Auftrag. Dies ging über in die Massnahme acht der bereits erwähnten Strategie. Dort hat es ein Datum, nämlich Februar 2026. Dies wurde gewählt wegen dem Re-Audit der Energiestadt. Irgendwann müssen wir da auch mal zeigen, was wir überhaupt tun und nicht nur planen, etwas zu tun. Das ist vielleicht auch der Punkt, wir haben gesagt, wir wollen mehr umsetzen und weniger planen. Da können wir nun etwas tun. Ich möchte noch schnell auf das Etappieren eingehen. Wir machen gerade diese Rechnungen in grossen Industriebetrieben. Macht es Sinn, alles auf einmal oder nacheinander umzurüsten. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, man erzielt mit dem Gesamtvolumen ein besseres Angebot als Lampe für Lampe. Der grosse Punkt ist nicht einmal das Material, sondern die Arbeit. Diese muss jedes Mal vorbereitet werden, die Hebebühne muss wieder in die Turnhalle etc. Das macht nicht der Hauswart. Eine Leuchte, die umgerüstet werden muss, macht nicht der Hauswart, das macht der Elektriker.

Das heisst, es ist nicht einfach so ein Austausch, dann könnte man ja davon reden, dass der Hauswart dies nach und nach machen könnte. Beim Sparen sind es einerseits Stromkosten, das ist klar, aber es ist auch die Langlebigkeit. Das wurde zu wenig betont. Der Return ist eigentlich vielmehr in der Langlebigkeit und weniger Auswechslungen. Insbesondere wenn der Zugang schwierig ist, zum Beispiel am Dach der Turnhalle.

Es entspricht den Massnahmen des Leitbilds der Energiestadt, ist konkret, ökologisch und ökonomisch sinnvoll.

Manuel Silva (SVP): Geschätzter Präsident, geschätzte Mitglieder aus beiden Räten, geschätzte anwesende Gäste und Medien. Erstens einmal hört auf mit diesem Klimaschutz. Ich habe es langsam gehört. Wir in Lenzburg können nicht die ganze Welt retten. Jeder von uns macht etwas. Ich habe zu Hause auch LED und baue sogar eine Solaranlage und sammle Regenwasser, es ist also nicht so, dass wir hier in Lenzburg nichts unternehmen. Dann zweitens deine Aussage, Fabian, über die hellsten Leuchten fand ich unterste Schublade. Ich werde diesem Rückweisungsantrag ebenfalls zustimmen. Mir fehlt in diesem ganzen Projekt etwas. Mir fehlt ein Gesamtprojekt für die ganze Beleuchtung mit Bewegungsmeldern oder Hauptschaltern. Ich fahre oft früh morgens durch die Stadt, und es brennt immer irgendwo in einem Zimmer im Schulhaus ein Licht. Ich denke, da könnten wir Energie sparen. Es ist nicht so, dass wir keine hellen Leuchten sind, das hat mich ziemlich genervt. Beat hat es eingangs gesagt, wir sollten anständig zueinander sein. Ich werde dem Rückweisungsantrag zustimmen und würde auch zustimmen, was Simona gesagt hat. Es ist nicht so, dass wir gegen LED sind, ich befürworte LED, und wir müssen etwas unternehmen. Aber nicht in diesem Projekt.

Christoph Nyfeler (FDP): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren von beiden Räten, geschätzte Anwesende. Ich glaube wir wissen alle, dass wir bereits wieder im Wahlkampf sind für das nächste Jahr und dass wir natürlich Ökologie versus Ökonomie wunderbar ausspielen können. Aber es ist auch allen bekannt, dass die Wirtschaft und die Unternehmer der Politik weit voraus sind, wenn es um das Thema Klimaschutz geht. Denn jeder Unternehmer unternimmt permanent alles dafür, Energie einzusparen und effizient zu sein. Geschätzte Damen und Herren der linken

Seite im Rat. Wenn eine Vorlage zur Sanierung der Strassenlampen, welche notabene jetzt von abends um 17 Uhr bis morgens um 8 Uhr brennen, für CHF 1,2 Millionen gekommen wäre, hätten wir dem wahrscheinlich zugestimmt. Denn da reden wir wirklich von Energieeinsparungen. Auch zu Vorlagen zu Solaranlagen oder Wärmepumpen von CHF 1,2 Millionen hätten wir wahrscheinlich zugestimmt. Aber hier müssen wir klar festhalten, es geht um die typische Pflasterpolitik, ein Wort, welches meist von eurer Seite kommt.

Es ist eine symbolische Situation, welche wir hier haben, und wir könnten mit diesen CHF 1,2 Millionen viel bessere Möglichkeiten umsetzen als das, was wir jetzt haben.

Das abschliessende Wort, wenn man persönliche Beleidigungen in diesem Raum hört, könnte man das auch kommentieren, Herr Präsident.

Thomas Schaer (SP): Liebe Anwesende, für mich ist das kein Wahlkampfthema, sondern man sagt etwas und steht dann dazu. Ich fand es interessant, wie diverse Vorredner genau die Muster gebracht haben. Im Grundsatz wären wir dafür, aber man könnte noch etwas anders machen. Wenn das käme, hätten wir zugestimmt. Das ist genau die Verwischung, welche ständig stattfindet. Wir haben ein konkretes Projekt auf dem Tisch, diskutieren wir darüber und stimmen dann darüber ab. Act now, als Zitat eines Mitglieds aus eurer Fraktion. Danke!

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, komme ich gerne zur Abstimmung dieses Rückweisungsantrags.

Abstimmung

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag wird mit 14 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung

Schlussabstimmung

Der Verpflichtungskredit zur Umrüstung bestehender Fluoreszenzleuchten auf LED-Beleuchtung wird mit 20 Ja-Stimmen zu 14-Nein Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

4 (24/124) Zeughausstrasse West: Strassensanierung (inkl. Bushaltestelle gemäss BehiG): Verpflichtungskredit

Philippe Minnig (FDP): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Stadträte und Einwohnerräte. Das Votum der GPFK viermal nein, dreimal ja, einmal Enthaltung. Es war eine kurze Diskussion, deshalb mache ich es ebenfalls kurz. Kap-Haltestellen kamen auf als Kritikpunkt in der Verkehrsführung und das wiederkehrende Thema ist die Koordination mit der SWL, auf die wir nicht direkt einen Einfluss haben. Was da gemacht wird, ist nicht so einfach überblickbar und ob es denn kongruent ist mit dem, was wir möchten. Es gibt auf vielfaches Nachfragen aber einen Infoanlass am

9. Dezember, bei dem die Strategie für die Zukunft geschildert werden soll. Die GPFK lehnt das Geschäft ab.

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Stadtrat, werte Gäste. Ich gehe direkt auf zwei Sachen aus der GPFK-Sitzung ein. Ich war zwar nicht anwesend, aber konnte es nachlesen. Das eine ist eine Aussage des Stadtrats zum Thema Fernwärmeleitungen. Gemäss dieser Aussage kreuzt die Fernwärmeleitung dort die Strasse, welche saniert werden soll nur. Gemäss der Präsentation des Leitungs-Chefs SWL an der gleichen Sitzung ist geplant, dort eine Heizzentrale West mit einer Fernwärmeleitungsführung direkt durch die ganze Strasse zu machen. Da stellen sich mir schon gewisse Fragen. Ist es jetzt das eine oder das andere? Sanieren wir eine Strasse, und in zwei Jahren kommt die SWL mit einem Bagger und reisst alles wieder raus und macht neue Leitungen? Das ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Deshalb stelle ich heute den Rückweisungsantrag, dass die Sanierung zurückzustellen ist, bis die Leitungsführung der Fernwärmezentrale West geklärt ist. Ich gebe aber dem Stadtrat netterweise auch die Option, dass er das heute Abend an dieser Sitzung schon klärt. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Stadtamman Daniel Mosimann: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren des Einwohnerrats, selbstverständlich sage ich gerne etwas dazu. Es ist so, es steht in der Vorlage die SWL Energie AG wird in diesem Abschnitt der Zeughausstrasse keine Fernwärmeleitungen realisieren. Das ist auch mit der SWL so abgesprochen. Herr Hauser der Chef der Infrastruktur der SWL Energie AG hat die Realisierung dieser Fernwärme präsentiert und eine Folie gezeigt, welche einen Stand von Überlegungen zeigt, der aber nicht mehr aktuell ist. Man hat Überlegungen gemacht, ob die Leitungsführung durch den Wald gehen könnte. Aber da hat der Kanton auch noch ein gewichtiges Wort mitzureden. Durch den Wald kann man nur, wenn es keine Alternativen gibt. Diese gibt es aber, und man wird da wahrscheinlich der Aarauerstrasse entlang gehen und das Areal von Süden her erschliessen. Das ist rund 100 m kürzer und wenn man davon ausgeht, dass Fernwärmeleitungen pro Meter ca. CHF 2'000 kosten, ist das ein grosser Betrag. Ich entschuldige mich, für die Folie in dieser Präsentation der SWL. Im Nachgang an die Diskussion in der GPFK ist es mir nicht in den Sinn gekommen, diesen Wechsel der Folie dort bei der SWL anzuregen. Es ist aber so, dass Herr Brenner und Herr Hauser draussen waren und die Situation besprochen haben. Es geht darum, dass die Zeughausstrasse gequert und nicht der Länge nach mit Fernwärme ausgelegt wird.

Adrian Höhn (GLP): Ich danke in diesem Fall dem Stadtrat für die Ausführung. Ich bin zuversichtlich und ziehe somit meinen Rückweisungsantrag zurück.

Michael Häusermann (SVP): Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren im Saal, wir haben mit der Vorlage 24/124 eine Vorlage, welche wir schon mehrfach hatten und auch schon mehrfach zugestimmt haben. Wir sanieren ein Strassenstück, welches in die Jahre gekommen ist und gleichzeitig werden Werkleitungen ersetzt. Da muss ich dem Vorredner Philippe Minnig zustimmen, auch für uns ist nicht immer ganz klar, ob jetzt der Zustand der Strasse der Auslöser ist oder der Zustand der Leitungen. Aber das ist so, und wir müssen auch noch die eine oder andere Bushaltestelle anpassen, weil wir dem BehiG zugestimmt haben. Wir haben diese Vorlage gelesen, und man könnte diese ohne Weiteres durchwinken, dann ginge die Sitzung vielleicht nicht so lang. Oder man kann sich die eine oder andere Frage wieder einmal stellen. Wir haben die ganze Sache vor Ort angeschaut. Dabei ist die eine oder andere Frage noch aufgekommen. Die Zeughausstrasse West, ich gehe davon aus, dass alle anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte

diese Strasse kennen, liegt am westlichen Rand des bebauten Gebiets von Lenzburg und man kann mit gutem Gewissen sagen, dass dort nicht der Frequentierungshotspot von Fussgänger-, Velo- und motorisiertem Individualverkehr ist. Nicht zuletzt auch deswegen, weil ein Fahrverbot für Auto und schwere Motorräder besteht. Zweifelsfrei hat es Verkehr, aber wir schätzen diesen als mässig bis gering. Eben weil das so ist, stellen wir uns die Frage, ob dann die Bushaltestelle so wie sie in der Vorlage geplant ist, auch gebaut werden muss. Philippe Minnig hat es angesprochen, die Vorlage sieht vor, dass es eine Kap-Haltestelle geben soll. Man könnte natürlich damit argumentieren, dass nicht weit weg die Dragonerstrasse ist, welche noch vor nicht allzu langer Zeit saniert wurde, auch mit einer Betonplatte daherkommt. Somit wird das schon rechtens sein. Da müsste man dann einfach entgegenhalten, dass beispielsweise in der Aavorstadt, welche auch saniert wird und viel mehr Verkehr aufweist, keine Betonplatte verbaut worden ist. Wir wissen, dass eine Kap-Haltestelle den Gegenverkehr zum Anhalten zwingt, das kennen wir von der Bahnhofstrasse. Nur frage ich mich, welchen Verkehr wir an der Zeughausstrasse West anhalten wollen. So viel Verkehr hat es dort gar nicht. Langer Rede kurzer Sinn, wir sehen das so, dass die Bushaltestelle Zeughausstrasse West den Anforderungen des BehiG genügen soll und umgebaut werden muss, dass die Werkleitungen und der Belag saniert werden. Aber aus unserer Sicht ist ein bisschen weniger eben mehr. Daher stellen wir von der SVP Fraktion folgenden Änderungsantrag: Der Einwohnerrat möge der Sanierung Zeughausstrasse-West (Abschnitt Buchenweg bis Fünflindenstrasse inklusive Bushaltestelle gem. Behindertengleichstellungsgesetz) zustimmen. Jedoch soll bei der Bushaltestelle auf die Ausführung einer Kap-Haltestelle sowie einer Betonplatte verzichtet werden.

Im heutigen Bezirksanzeiger schreibt Rinaldo Feusi ich zitiere: «Tugendhaftigkeiten wie Bescheidenheit und Genügsamkeit brauchen Disziplin. Doch sie sind lehr- und lernbar.» Geschätzte Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat, gebt euch einen Ruck, ein gemeinsamer Ruck in Richtung Bescheidenheit und Genügsamkeit für unsere Stadt und stimmt dem Änderungsantrag zu. Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Danke vielmals für diesen Änderungsantrag. Wir können darüber diskutieren, müssten dies dann aber in einen Rückweisungsantrag ändern mit dem klaren Auftrag das Geschäft zu überarbeiten und nochmal vorzulegen. Denn wir haben keine Kosten und wissen nicht, wie teuer das kommt mit dieser Änderung. Dani Mosimann möchte dazu etwas sagen.

Stadtamman Daniel Mosimann: Geschätzte Damen und Herren, ganz kurz vor der Diskussion zwei, drei kleine Ergänzungen. Es wurde die Frage nach dem Treiber für die Sanierung gestellt. Meist passiert das in Absprache, welches Strassenstück jetzt saniert werden soll. Hier sind die Werkleitungen wie auch der Belag in die Jahre gekommen. Dazu kommt die Bushaltestelle, bei welcher notwendig ist, dass diese jetzt saniert wird. Noch etwas zur Kap-Haltestelle. Es ist nicht primär eine Verkehrsberuhigungsmassnahme mit dieser Haltestelle, wir haben folgende Ausgangslage. Wir haben dort ein schmales Trottoir von, so glaube ich 1,5 m. Wenn man dort noch ein Bushäuschen drauf stellen will, muss man zusätzlich Land erwerben. Mit dieser Kap-Haltestelle kann man den ganzen Landerwerb verhindern. Es braucht mind. 2 m für ein Bushäuschen und mit einer Kap-Haltestelle kann man Landerwerb oder Dienstbarkeiten umgehen. Ich würde schon beliebt machen, dass bei der Sanierung der Bushaltestelle einen vergleichbaren Standard wie 300 bis 400 m weiter weg angestrebt wird. Ich denke, die Haltestelle an der Dragonerstrasse hat ähnliche Frequenzen. Die Aavorstadt wurde noch angesprochen. Das ist ein Projekt des Kantons auf der Kantonsstrasse. Wir schauen, dass wir aufgrund der Langlebigkeit auch bei der Bildung von Spurrillen bei unseren Haltestellen möglichst mit Betonplatten arbeiten können.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir sind noch immer beim Antrag von Michael Häusermann, den wir als Rückweisungsantrag behandeln müssen. Wer möchte das Wort eröffnen?

Michael Häusermann (SVP): Das Ziel sollte sein, dass es günstiger wird. Jetzt bringst du mich in eine schwierige Situation, wenn du sagst, man müsse noch Land erwerben. Das kostet wieder. Dann müsste man den Änderungsantrag abändern, dass einfach die Betonplatte draussen ist. Es leuchtet mir nicht ein, weshalb der Kanton die Thematik mit der Betonplatte anders handhabt. Da hat es ja auch Experten: Der Kanton braucht in der Aavorstadt keine Betonplatten und wir in der Zeughausstrasse schon. Letztendlich muss der Jurist sagen, ob es eine Rückweisung oder einen Änderungsantrag braucht, es sollte einfach günstiger werden.

Stadtschreiber Christoph Hofstetter: Im Geschäftsreglement des Einwohnerrats steht drin, dass Änderungsanträge nur dann zur Abstimmung kommen können, wenn die dadurch verursachten Kostenänderungen feststellbar sind und das Projekt auch mit dieser Änderung realisierbar ist (§ 18 Abs. 2).

Ich habe die Hoffnung gehört von Michael Häusermann, dass es günstiger kommt. Es kann sein, dass es günstiger kommt, aber es weiss niemand hier drin, wie viel günstiger es kommt. Je nach dem ist es für das Abstimmungsverhalten auch relevant, wie viel günstiger es kommt. Ich mache ein Extrembeispiel zur Illustration, wenn es 50 Rappen günstiger käme ohne Betonplatte, würden allenfalls Mitglieder des Einwohnerrats anders stimmen, als wenn es mehrere CHF 10'000 günstiger käme. Weil nicht klar ist, ob bzw. welche Kostenveränderung der Antrag beinhaltet, kann nicht als Änderungsantrag darüber abgestimmt werden. Man weiss gar nicht, worüber man abstimmen würde und was das genau bedeutet. Deshalb ist es richtig, wie der Präsident ausgeführt hat, dass das Anliegen von Michael Häusermann mit einer Rückweisung bearbeitet werden soll: Das Projekt geht zurück an den Stadtrat und muss so überarbeitet werden, dass alle hier drin anschliessend wissen, worüber abgestimmt wird. Ich verweise auch auf das GPFK-Protokoll in dem der gleiche Aktuar das selbe schon vor einer Woche ausgeführt hat. Man hat eine Woche Zeit gehabt, um bei der Abteilung Tiefbau & Verkehr abzuklären, ob ein solcher Änderungsantrag bezifferbar wäre. Ich kann nicht beurteilen, ob dies innert Wochenfrist möglich gewesen wäre. Zusammenfassend vertrete ich die Ansicht, dass über den Änderungsantrag nicht abgestimmt werden kann, sondern das Anliegen von Michael Häusermann mit einer Rückweisung zu behandeln wäre.

Michael Häusermann (SVP): Besten Dank. Ich will einfach festhalten, dass in erster Linie unsere Informationsquelle die Vorlage ist und nicht irgendwelche Protokolle, welche herumschwirren und Antworten oder Mails generieren. Also für mich ist die Ausführung mit dieser Frequentierung ein bisschen zu luxuriös. Bescheidenheit gemäss dem LBA-Redaktor ist eine gute Sache. Ich möchte euch noch immer bitten, dem zuzustimmen. In diesem Fall stelle ich einen Rückweisungsantrag, dass die Betonplatte draussen ist.

Abstimmung

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag wird mit 27 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

5 (24/120) Gemeindeordnung: Gesamtrevision: Wahl einer Spezialkommission

Thomas Schaer (SP): Geschätzt Herr Präsident, liebe Anwesende. Im vorliegenden Geschäft geht es um die Revision unserer Gemeindeordnung, die stammt aus dem Jahr 2004, im Juni konnte sie ihren 20. Geburtstag feiern. Eine Überarbeitung ist somit angebracht, auch weil es sich dabei um ein Legislaturziel handelt. Inhaltlich haben wir da im Rat bereits mehrere Vorstösse für Änderungen eingebracht, teils auch bereits darüber debattiert oder darüber debattiert, ob solche Vorstösse angebracht sind. Die Vorstösse sind in der Vorlage gut aufgeführt. Jetzt legt uns der Stadtrat einen Vorschlag vor, wie mit unseren Vorschlägen umgegangen beziehungsweise eben die Gemeindeordnung auf einen zeitgemässen Stand gebracht werden kann. Die Überlegungen und Ausführungen in der Vorlage sind nachvollziehbar und haben in der GPFK zu wenig Diskussionen Anlass gegeben. Das Vorgehen erscheint uns vernünftig und dem Geschäft angemessen. Kurz zur Sprache kam die Vertretung einer Person pro Fraktion, also ohne Gewichtung der Fraktionsstärke. Angesichts des Geschäfts und für ein rasches pragmatisches Vorgehen scheint uns das aber angemessen. Die vorgeschlagene Spezialkommission soll zügig loslegen können und ermöglichen, dass wir hier im Rat noch vor Legislaturende eine durchdachte, breit abgestützte Vorlage für eine zeitgemässe Gemeindeordnung unterbreitet bekommen. Schön wäre jedoch, wenn die Arbeiten beziehungsweise das Resultat der Beratung und Abstimmung vor dem Einwohnerrat noch mit der Bevölkerung in Kontakt kämen. Die Spezialkommission macht Sinn, ein partizipativer Prozess weniger, aber man könnte zum Beispiel einen öffentlichen Abend vorsehen, bei dem der aktuelle Stand der Arbeiten allenfalls rege diskutierte Themen offene Punkte etc. der Lenzburger Bevölkerung vorgestellt werden. Natürlich kann da auch ihre Meinung abgeholt werden. Das wäre ein gutes Angebot an die Bevölkerung eine gute Möglichkeit für einen Austausch mit der Politik. Wie gross das Interesse denn effektiv ist, wird sich zeigen. Das aber einfach als gut gemeinter Ratschlag an die später zu wählende Spezialkommission beziehungsweise ihre Mitglieder. Auch weil die Vorstösse, welche wir eingereicht haben, durchaus von breiterem Interesse sein können, auch wenn die Tragweite nicht enorm ist. Sei es zum Beispiel die Kompetenzdelegation bei den Einbürgerungen oder ob wir künftig statt dem Stadtmann neu einen Stadtpräsidenten oder eine Stadtpräsidentin haben sollen. Angemerkt worden ist in der GPFK zudem, dass bei den Arbeiten an der Gemeindeordnung unbedingt auch das Geschäftsreglement des Einwohnerrats mitgedacht werden muss. Auch das als weiterer Hinweis zuhanden der Spezialkommission. Sonst sind wir uns einig gewesen, und die GPFK empfiehlt klar und einstimmig, dieser Vorlage zuzustimmen beziehungsweise beide Anträge zu genehmigen. Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für die Erarbeitung der Vorlage. Sie ist für uns so schlüssig und komplett. Wir schätzen auch, dass die geprüften Varianten aufgeführt und mit den entsprechenden Argumenten verworfen worden sind. Die aufgeführte Empfehlung ist für uns nachvollziehbar. Besten Dank.

[Auf Nachfrage des Präsidenten verzichten andere Fraktionen auf ein Votum]

Ich bin überrascht, dass keine andere Fraktion das Wort ergreift. Für unsere Fraktion wollte Martin Killias sprechen zu diesem Traktandum. In kleinerer vorab Ausübung der allfälligen Stellvertretungsregelung werde ich das jetzt übernehmen. Er hat einen Terminkonflikt und ist unabkömmlich. Aber er hat ein gutes Votum vorbereitet, das ich euch nicht vorenthalten möchte. Deshalb im Namen von Martin Killias:

Sehr geehrter Präsident, liebe Mitglieder des Stadtrats und des Einwohnerrats, liebe Gäste. Unsere Gemeindeordnung ist 2004 verabschiedet worden. Das ist für einen Text von dieser Bedeutung eigentlich nicht übermässig lange her. In vielen anderen Ländern haben die wichtigsten Gesetze ein respektables Alter. In Deutschland gilt formal noch immer das Strafgesetzbuch aus der Zeit von der

Reichsgründung durch Bismarck 1871, in Österreich das allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch von 1811 aus der Zeit von Kaiser Franz II. und in Frankreich der Code civil von seinem Zeitgenossen Napoleon Bonaparte. Unsere aktuelle Bundesverfassung datiert zwar von 1999, sie ist aber in vielem noch stark geprägt von den Vorgängerverfassungen von 1874 und 1848. Kurz, verglichen mit diesen altherwürdigen Gesetzestexten ist unsere Gemeindeordnung ausserordentlich jung. Warum also eine Gesamtrevision nach nur mal gerade zwei Jahrzehnten. Die Antwort ist ähnlich wie auf die umgekehrte Frage, wieso viele Gesetzestexte endlos lange überleben. Der Grund ist, dass bei den grossen Kodifikationen Strukturen angelegt worden sind, welche unzählige Anpassungen an laufende Bedürfnisse erlauben. So ist etwa in der Schweiz im ZGB das Stockwerkeigentum eingefügt worden. Im OR gibt es vor allem im Handelsrecht und im Mietrecht zahlreiche Anpassungen an moderne Herausforderungen. Die stellen die Grundstruktur aber nicht in Frage. Wie ist das jetzt bei uns in einer Gemeindeordnung? Da ergeben sich im Laufe von relativ kurzer Zeit grosse Änderungen im Gemeindewesen selbst. Seit der Verabschiedung der Gemeindeordnung ist die Einwohnerzahl von etwas über 7'500 auf über 11'000 angewachsen. Dies, nachdem sie von 1970 bis 2010 ziemlich stabil auf 7'500 verharrt gewesen ist. Das widerspiegelt die starke Bautätigkeit des letzten Jahrzehnts. Aber auch strukturell hat sich vieles geändert. Die neue Einwohnerschaft bringt in jeder Hinsicht viel Farbe in die Stadt. Lenzburg ist in dieser Zeit von einem grossen Dorf zu einer kleinen Stadt geworden. Da sind viele Probleme anders gelagert, nicht nur die Bezeichnung Stadttammann wirkt da ein bisschen aus der Zeit gefallen. Auch Geschäfte wie etwa Einbürgerungen erhalten in diesem neuen Umfeld einen anderen Charakter. Sie werden von einem politischen Willensakt einer Art Aufnahme in den Vereinen von den Mitbürgerinnen und Mitbürger zu einem Verwaltungsakt, welche den Status von den betroffenen Personen in vieler Hinsicht anders regelt.

Ohne im mindesten dazu erörternden Themen und die Debatte vorgehen zu wollen, dürfen die Kompetenzen von Stadt- und Einwohnerrat im neuen Umfeld geprüft werden; dies auch etwa im Zusammenhang mit den finanziellen Zuständigkeiten von beiden Räten und in Sachen Referendum. Auch wird sich die Frage eines Behördenreferendums stellen sowie die Frage der nötigen Unterschriftenzahl und dann natürlich eben auch die Frage der Stellvertretung im Einwohnerrat. Wie soll man vorgehen? Die grossen Kodifikationen sind oft das Werk von brillanten Einzelpersonen gewesen, etwa dem Eugen Huber bei der Schaffung des Zivilgesetzbuchs. Heute setzt man aber eher auf partizipative Modelle kurz Teamwork. Vorgeschlagen ist eine Spezialkommission, wie sie mit Erfolg schon bei der Revision von der BNO eingesetzt worden ist. Das würde es erleichtern, die Meinungen von breiteren Kreisen abzuholen, welche heute nicht unbedingt im Einwohnerrat vertreten sind. Selbstverständlich wird man auch von Anfang an das Gespräch mit dem Kanton suchen müssen, nicht nur weil die einmal verabschiedete Gemeindeverordnung dann auch dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt werden muss. Das alles ist ein anspruchsvolles Programm, bei dem eine Spezialkommission jedoch in der Lage sein sollte, das Geschäft innerhalb des vorgegebenen zeitlichen Rahmens abzuwickeln. Die Vorzeichen stehen gut, dass das gelingen kann. Die Fraktionen von der SP und von den Grünen unterstützen das vorgeschlagene Vorgehen mit Nachdruck. Besten Dank.

Abstimmung

Abstimmung

Der Einwohnerrat stimmt der Bildung einer Spezialkommission mit 7 Mitgliedern zur Revision der Gemeindeordnung einstimmig zu.

[Aus dem Rat wird für die Wahl der Spezialkommission spontan und ohne Wortmeldung am Mikrofon vorgeschlagen, dass die Spezialkommission in offener Wahl bestellt wird, was jedoch nicht einstimmig befürwortet wird.]

Stadtschreiber Christoph Hofstetter: Grundsätzlich bin ich auch für effiziente Vorgehen. In eurem Geschäftsreglement steht drin (§ 25), dass Wahlen geheim durchgeführt werden. Darum würde ich es nicht begrüssen, wenn man dies jetzt offen macht, wenn sich Opposition gegen dieses Vorgehen abzeichnet.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dann machen wir eine Pause, bis die Wahlzettel vorliegen und fahren dann mit der Wahl und dem nächsten Traktandum Kreditabrechnung Dragonerstrasse fort.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Das Wahlergebnis der Spezialkommission [welches nach dem Traktandum Verschiedenes und dem Auszählen durch die Stimmezählenden verkündet worden ist].

Eingelangte Wahlzettel				35
Ausser Betracht fallende Wahlzettel	- ganz leere	0		
	- ungültige	0	./. 0	
In Betracht fallende Wahlzettel				35
Anzahl der zu Wählenden				7
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = Total der möglichen Stimmen				245
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen			./. 19	
Gesamtzahl der gültigen Stimmen				226
Absolutes Mehr: Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden geteilt durch 2 (Aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)				17

Gewählt sind:

Corin Ballhaus: 35 Stimmen

Daniel Blaser: 31 Stimmen

Manuel Egli: 31 Stimmen

Daniel Frey: 32 Stimmen

Martin Killias: 25 Stimmen

Anja Kroll: 31 Stimmen

Simona Minnig: 35 Stimmen

Marcel Strebel (FDP): Geschätzte Anwesende beider Räte, Presse und noch immer Gäste. Ich möchte der Ordnung halber und für das Protokoll fragen. Es sind 35 anwesende Einwohnerräte, das ergibt nach meinem Taschenrechner ein absolutes Mehr von 18 und nicht 17, wie der Präsident gesagt hat. Du hast auch gesagt es seien 35 Zettel eingegangen. Habe ich da etwas falsch verstanden?

Stadtschreiber Christoph Hofstetter: Das ist grundsätzlich richtig. Es ist so, dass es auf jedem Zettel 7 Linien hat. Wenn auf jedem Zettel 7 Linien sind und gewisse leer gelassen werden, zählen diese eben auch nicht für die Ausmittlung des absoluten Mehrs. Die 19 leeren Linien können quasi wie Stimmenthaltungen beurteilt werden.

6 (24/116) Dragonerstrasse West; Strassensanierung 3. Etappe: Kreditabrechnung

Philippe Minnig (FDP): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren im Einwohnerrat und die zwei verbliebenen Gäste, schön seid ihr noch da.

Die Kreditabrechnung ist von Ivanca Basic und mir geprüft worden. Sie ist nicht so lange, entsprechend ist sie auch einfach zu verstehen gewesen. Sie ist unter Budget geblieben, gab keinen Anlass für Diskussionen oder Beanstandungen und ist von der GPFK einstimmig angenommen worden.

Abstimmung

Abstimmung

Die Kreditabrechnung wurde einstimmig genehmigt.

7 Umfrage

Janine Pfister Meier (SP): In der Einwohnerratssitzung vom 15. September 2022 haben wir ein Postulat der FDP «Suchtmittel freie Zone auf Lenzburger Schulhausarealen» knapp nicht überwiesen, weil wir gewusst haben, dass der Stadtrat bereits eine Arbeitsgruppe, die hiess «SALI, Sachbeschädigung

und Littering» eingesetzt hat, um sich dem Vandalismus und Littering sowie dem Suchtmittelproblem auf dem Schulareal anzunehmen. Gerne möchte ich mich jetzt eben mündlich bei Sven Amman erkundigen, wie es um die Arbeitsgruppe steht. Gibt es diese heute noch? An was arbeiten sie noch? Gibt es Erkenntnisse aus dieser Arbeit? Hat es positive Veränderungen gegeben hinsichtlich ihrer Arbeit? Oder braucht es sie gar nicht mehr. Danke.

Stadtrat Sven Amman: Danke, Janine für diese Anfrage. Ich muss euch leider vertrösten. Es ist ein Gemeinschaftsprojekt aus verschiedenen Abteilungen. Die Arbeitsgruppe gibt es noch, und ich würde gerne nächste oder übernächste Sitzung diese vier Fragen genau beantworten. Danke.

Manuel Silva (SVP): Geschätzte Anwesende, ich habe gerade eine schriftliche Anfrage eingereicht beim Einwohnerratspräsident. Es geht um Themen Unterstützung von Vereinen, Kultur und Traditionen in Lenzburg. Meiner Ansicht nach macht der Stadtrat hier zu wenig. Ich gehe nicht auf Details ein. Der zweite Punkt betrifft die Nutzung des öffentlichen Grunds. Auf der Internetseite der Regionalpolizei Lenzburg kann ein Gesuch um Nutzung öffentlicher Grund gestellt werden. Meines Wissens wurde dies an der letzten Velo Demonstration Critical Mass vom 27. September nicht gemacht. Ich danke dem Stadtrat für eine zeitnahe Beantwortung meiner schriftlichen Nachfrage.

Sigrid Schärer (Grüne): Guten Abend miteinander, ich wohne in der Widmi und da hat es viele Obst- und Nussbäume, welche in diesem Jahr viele Früchte getragen haben. Gerne frage ich an, ob es möglich wäre diese Bäume mit einem gelben Band beispielsweise zu kennzeichnen, damit die Bevölkerung weiss, das sind Obstbäume, welche der Stadt gehören, und man darf diese Früchte ernten. Es ist doch schade, wenn die Früchte faulen und dann auf den Boden fallen. Ich bitte die Verwaltung dies zu prüfen. Besten Dank.

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Stadtrat, ich möchte euch ganz kurz auf eine Aktion der IG-Klimazukunft aufmerksam machen. Noch bis Sonntag kann jeder und jede von euch bis zu zehn einheimische Heckenpflanzen kostenlos bei uns bestellen. So kann jede und jeder auch aktiv etwas für die Biodiversität zu Hause machen. Ich weiss, Werbung hier vorne ist nicht immer gern gesehen, aber ich möchte euch ermuntern, an dieser Aktion teilzunehmen. Besten Dank.

Anja Kroll (Grüne): Guten Abend miteinander, ich darf nicht nur hier im Einwohnerrat tätig sein, sondern auch in der Gesellschaftskommission. Da gibt es eine Arbeitsgruppe «Alter» und die hat diese Broschüre «Älter werden in Lenzburg» erarbeitet. In Zusammenarbeit mit Organisationen, welche in diesem Segment tätig sind, wurden verschiedene Themen erörtert. Ich freue mich sehr darüber, vielen Dank auch an Beatrice Taubert, welche hier viel Herzblut reingelegt hat. Ich ermuntere alle, sich diese Broschüre anzuschauen. Danke.

Michael Häusermann (SVP): Herr Präsident, geschätzte Anwesende, Energieversorgung ist ein grosses Thema aktuell. In diesem Zusammenhang die Frage an den Stadtrat. Wir haben mit der Zustellung des GPFK-Protokolls noch zwei Power-Point Beilagen erhalten. Weshalb wird so ein Thema nicht im Einwohnerrat, sondern nur in der GPFK präsentiert? Dies nicht um die GPFK abzuwerten, aber die Arbeiten sind gemacht und die Vorlagen kommen trotzdem in den Einwohnerrat, dann könnte es auch da präsentiert werden. [Der Stadtrat verzichtet auf eine Antwort]

Manuel Silva (SVP): Ich habe eine Frage an den Stadtrat. Ich habe gehört es gab in der letzten Zeit diverse Kündigungen in der Bauverwaltung. Haben wir ein Personalproblem in Lenzburg? Sind die Angestellten unzufrieden, dass auf einmal so viele kündigen?

Stadtkammann Daniel Mosimann: Man muss das ein bisschen differenzieren. In der Abteilung Stadtplanung & Hochbau sind zurzeit alle Stellen wieder besetzt. In der Abteilung Immobilien gibt es Wechsel. Das ist ein grosses Team mit allen Hauswarten, da bin ich der Meinung, zwei bis drei Wechsel sind nicht so dramatisch.

Stadtrat Sven Ammann: Ich nutze die Zeit noch für eine Information, welche ich euch schuldig bin. Wir haben mit der Einwohnerratsvorlage 23/81 am 1. Dezember 2023 dem Projektierungskredit für das Tomasini zugestimmt. Ich informiere, weshalb wir hier dem Zeitplan hinterherhinken. Wir haben uns nach der Referendumsfrist am 8. Januar 2024 an die Arbeit gemacht. Wir sind mit der Kulturkommission, der Jugendarbeit und dem Verein Tomasini zusammengesessen und haben die zukünftigen Nutzungsmöglichkeiten angeschaut. Auch die Raumaufteilung war ein Thema. Danach ging es an eine Baukostenberechnung. Dies hat relativ viel Zeit in Anspruch genommen und dauerte bis Mitte Sommerferien. Währenddessen habe ich zusammen mit der Jugendarbeit und dem Verein Tomasini an einem Betriebskonzept gearbeitet. Ende Juli hatten wir die ersten Ergebnisse. Doch die Ernüchterung war ziemlich gross, als wir den Betrag für die Baukostenrechnung gehört haben. Wir sind bei rund CHF 5 Millionen gelandet. Da stellt sich als erstes die Frage, was können wir einsparen. Wir haben heute Abend viel über Klimapolitik gesprochen, dies hat auch einen Zusammenhang. Wir sind noch am Eruiieren, was mit unseren Kriterien verträglicher ist. Unser Ziel ist es, an der ersten Infoveranstaltung im Februar genauer darüber informieren zu können. Falls diese nicht zustande kommt, sicherlich an der ersten Einwohnerratssitzung 2025. Der Stadtrat und der Verein Tomasini tun ihr Bestes, aber es dauert leider noch eine Weile, bis wir weiter informieren können. Danke.

Vizekammann Andreas Schmid: Ich würde gerne noch etwas konkretisieren wegen den Kündigungen in der Abteilung Immobilien. Wir haben eine Kündigung eines Hauswarts, einer Sachbearbeiterin und der Teamleiter Hauswarte hat gekündigt. Ich glaube es ist offensichtlich, wir haben in dieser Abteilung relativ viel Druck zurzeit. Es sind viele Projekte, welche anstehen, und das führt manchmal zu einer gewissen Fluktuation. Die Frage war noch, ob wir ein personelles Problem haben. Das würde ich als Ressortvorsteher klar mit nein beantworten. Wir sind relativ nahe an den Mitarbeitenden dran, und ich möchte nochmal festhalten, wir haben weder ein organisatorisches noch ein personelles Problem. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir sehen uns schon in vier Wochen wieder. Nochmal kurz vor Jahresabschluss. Ich wünsche allen eine gute Zeit und hoffentlich heute Abend keine bösen Halloween Überraschungen mehr auf dem Heimweg.

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Der Präsident:



Der Protokollführer:



